

Bezugspreis:

Stattf. 10.50 M., monatl. 3.50 M., f. d. Post ins Haus, normal zahlbar. Postbezugs: monatlich 3.50 M., egl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4.75 M., für das übrige Ausland 10.75 M., bei täglich einmal. Zustellung 8.75 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eintragungen in die Postzeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die schmalste Anzeilenzeile kostet 1.50 M., Tagesausgabe 0.75 M. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt 75 Pfg., (zwei- bis dreizehngedruckt 1.00 M.), jedes weitere Wort 50 Pfg., Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsanzeigen 50 Pfg., Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 1.50 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 15196-15197.

Montag, den 10. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54.

Gemeindewahlen in Oberschlesien.

Das Reichsnotopfer.

Die Beratungen des 10. Ausschusses der Nationalversammlung haben die tiefeingreifende Vermögensabgabe im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorlage belassen. Weder der Vorschlag des Deutschen Nationalen Superberg, die Steuer durch eine niedrig verzinsliche Zwangsanleihe zu ersetzen, noch die von dem Demokraten Hendrich vertretene jährliche Vermögenssteuer an Stelle der einmaligen, nur gegen Zinszahlung stundbaren Abgabe fanden Zustimmung. Ebenso unterlagen die von sozialistischer Seite vorgeschlagenen Änderungen des Steuertarifs. Der Tarif der Vorlage, der mit 10 Proz. beginnt und bis auf 65 Proz. bei Vermögen über 7 Millionen steigt, blieb unverändert, entgegen dem Vorschlag des Unabhängigen Barm, mit 5 Proz. zu beginnen und bis auf 100 bei einem Vermögen über 48 Millionen zu steigen, und dem unterer Genossen, die bereits das Vermögen über 8 Millionen ganz wegsteuern wollten.

Die in der ersten Ausschuhlesung auf unseren Antrag beschlossene Einbeziehung der Kirche und der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften, Klöster usw. in den Kreis der Steuerpflichtigen wurde in zweiter Lesung, dank dem Umfall der Demokraten zu den übrigen bürgerlichen Parteien, wieder rückgängig gemacht.

Den steuerfreien Vereinigungen wurden weiter zugefügt: wirtschaftliche Verbände, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist (also Gewerkschaften, Unternehmerverbände und dergl.), politische Parteien und Vereine, Hochschulen und mit ihnen verbundene Stiftungen.

Abgabepflichtig ist nur der Teil des Vermögens, der über 5000 M. bei Ehegatten, deren Vermögen zusammenzurechnen ist, 10000 M. hinausgeht. Für das zweite und für jedes fernere Kind wird ein Betrag von 5000 M. steuerfrei gelassen. Unser Antrag, auch für das erste Kind und jede von dem Steuerpflichtigen gemäß rechtlicher Verpflichtung zu unterhaltende Person den gleichen Betrag für steuerfrei zu erklären, blieb in der Minderheit. Indes wird für jedes Kind von einem Betrage bis zu 50000 M., ohne Rücksicht auf die Höhe des Gesamtvermögens, nur die Mindeststeuer von 10 Proz. erhoben.

Den kleinen Rentnern kam man dadurch entgegen, daß den Abgabepflichtigen, die, ohne Anspruch auf Pension, Hinterbliebenenunterstützung, Kranken-, Unfall- oder dergleichen Rente, ein steuerbares Vermögen von nicht mehr als 100000 Mark besitzen, im Alter von 45 Jahren ein Viertel des Betrages bis zu 50000 M. und ein Fünftel des weiteren bis 100000 M., im Alter von 60 Jahren ein Drittel bzw. ein Viertel des Vermögens bei Berechnung der Steuer außer Ansatz bleibt. Allgemein ist bei einem Vermögen unter 100000 M. und einem Einkommen unter 5000 M. die Abgabe auf Antrag ganz oder teilweise bis zum Tode (im Falle der Behinderung auch bis zum Tode des Ehegatten, zinslos zu stunden, falls die Entrichtung nicht ohne Gefährdung des Lebensunterhalts möglich ist. Auch sonst ist, falls Einziehung und Verzinsung sich als besondere Härte erweisen, zinslose Stundung zulässig.

Noch andere wichtige Milderungen der Steuerpflicht wurden beschlossen. So ist der Wertberechnung land-, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Grundstücke nicht der (von der Vorlage hier schon um ein Viertel geminderte) gemeine Wert, sondern der Ertragswert in Höhe des zwanzigfachen Reinertrags zugrunde zu legen. Ähnlich bei bebauten, zu gewerblichen oder Wohnzwecken bestimmten Grundstücken. Auf Verlangen des Steuerpflichtigen ist der gemeine Wert zugrunde zu legen. Das gewerbliche Betriebsvermögen wird nur mit 80 Proz. seines Wertes angesetzt.

Bei juristischen Personen wird, soweit sie steuerpflichtig sind (nicht die öffentlich-rechtlichen, rein gemeinnützigen und die oben genannten), die Steuer auf ein Zehntel des Gesellschaftsvermögens bemessen. Dabei wird das eingezahlte Grundkapital, bei Genossenschaften und deren Verbänden der doppelt Betrag der eingezahlten Geschäftsanteile, mindestens 100 M. auf den Kopf der Genossen, ferner Rücklagen für rein gemeinnützige oder Wohlfahrtszwecke, bei Genossenschaften und dergl. auch die Pensions-, Stiftungs-, Bildungs- und ähnliche Fonds, das Vermögen der Revisionsverbände u. a. abgerechnet.

Soweit keine Stundung erfolgt, ist der nicht durch 500 teilbare Betrag der Steuer bis 1. Oktober 1920 bzw. bei späterer Aufstellung 1 Monat nach Empfang der Steuerfeststellung zu bezahlen. Der Rest ist in Tilgungsraten von jährlich 6 1/2 Proz. (bei Grundbesitz auf Antrag

Städte deutsch — Land polnisch.

Bei der Gemeinderatswahl wurden in Deuthen gewählt: Zentrum 21, polnische Nationalpartei 13, Beamtenpartei 5, Mehrheitssozialisten 5, Demokraten 3, Deutschnationale 3, polnische Sozialisten 2, Kommunisten 1 und Unabhängige 1.

In Gleiwitz wurden abgegeben: für die Deutschnationalen 2336 Stimmen, Demokraten 2135, Zentrum 7172, Mehrheitssozialisten 1962 Stimmen, Unabhängigen 1212, Deutsche Volkspartei 684 Stimmen und Polen 4880.

In Kattowitz wurden abgegeben: für die Deutschnationalen 8800 Stimmen, Demokraten 2172, Zentrum 4282, Mehrheitssozialisten 1406, Kriegsberlechte 403, Wirtschaftlicher Verband 866, Polen 3086 und Unabhängige 1149.

In den ländlichen Bezirken sind die Gewählten überwiegend polnischer Nationalität.

Im Kreise Hindenburg fielen sämtliche Siege im südlichen Teil des Kreises den Nationalpolen und sozialistischen Polen zu. In den großen Grubenorten Jabrze, Kiba, Wisludsch, Porzycowice und Bielschowitz wurden über zwei Drittel Nationalpolen und sozialistische Polen gewählt.

In Hindenburg selbst fielen die Hälfte der Siege den Nationalpolen zu. Die Höhe des Prozentfaches der polnischen Stimmen geht auf Kosten der Unabhängigen, der Mehrheitssozialisten und des Zentrums, die bedeutende Stimmenabnahme verzeichneten, während die deutschnationale Volkspartei und die deutsch-demokratische Partei ihre Stimmen behaupteten.

Soweit die bisherigen Ergebnisse ein Urteil über den Ausfall der oberschlesischen Kommunalwahlen zulassen, haben die Polen gewonnen. Die stärkste Partei ist das Zentrum, während die Demokraten außerordentlich zugunsten der Deutschnationalen verloren haben.

Die Stimmung unter den Arbeitern.

Wie aus Oberschlesien berichtet wird, ist von einer Streiklust daselbst nirgends, auch nicht auf den Elektrizitätswerken, die Rede. Unter den Arbeitern herrscht keinerlei Kampf Stimmung. Der Tarif ist am 1. Januar nur aus dem Grunde geschündigt worden, um gleichmäßige Löhne auf gewerkschaftlicher Basis herbeizuführen.

5 1/2 Proz.) der Steuer abzutragen. Für Vorauszahlungen bis Ende 1920 wird die Steuer um 4-8 Proz. ermäßigt. Selbstgezeichnete Stücke der Kriegsanleihen — als solche gelten auch Stücke, die dem Steuerpflichtigen von einem Ehegatten, Erblöser, unter bestimmten Voraussetzungen auch von einer Gesellschaft oder Genossenschaft, der er angehört, zugefallen sind — werden zum Nennwert, die 4 1/2 Proz. Schatzanweisungen zu einem vom Reichsfinanzminister festzusetzenden Kurse in Zahlung genommen.

Für die durch den Krieg ihrer Habe ganz oder teilweise beraubten Auslandsdeutschen oder Angehörigen der abgetretenen Gebiete sind besondere Erleichterungen beschlossen. Ebenso sind Familienstücke von geschäftlichem oder Kunstwert, wenn sie der Wissenschaft und Volksbildung zugänglich gemacht werden, nicht zu versteuern, wohl aber, wenn sie innerhalb 20 Jahren nicht veräußert werden.

Unter Berücksichtigung aller dieser mannigfachen Abzüge und Ausnahmen ist der Steuerfuß meist, mitunter erheblich niedriger, als er sich aus der Tabelle der Vorlage ergibt. Nach dieser Normaltabelle beträgt die Abgabe

Table with 5 columns: Vermögen von, Steuer, and %. Rows show tax brackets from 50,000 M. to 100,000 M. and above.

Wieviel von diesen Sägen wirklich eingehen wird, wieviel ins Ausland verschoben oder sonst versteckt ist, läßt sich nicht

berechnen, kaum vermuten. Es ist außerdem zu berücksichtigen, daß die vorhandenen Vermögen bereits durch die besonderen Kriegssteuern, namentlich die auf den Kriegsvermögenszuwachs, erheblich verkleinert sind. Weitere Eingriffe hat die Reichs-Erbschaftsteuer gebracht, zu der als weitere dauernde Steuer mit stark steigender Progression die neue Einkommensteuer treten wird, so daß Deutschland die großen Vermögen sicher stärker erfassen wird, als irgendein anderes Land.

Der Schwur in Walhalla!

Die ganze bolschewistische Welt wird heute jubeln, und in Moskau wird man aufatmen, wenn man erfährt, daß der jetzige Hauptführer der Unabhängigen, der Kocher der Revolution, Herr Georg Ledebour, seinen Anhängern gestern einen Schwur auf die Weltrevolution abgenommen hat. Nun kann es an nichts mehr fehlen — die Revolution wird mit gewaltigem Brausen über die ganze Welt dahinfegen. Schon sehen wir Ledebour neben Lenin als den von der ganzen Welt umjubelten Befreier vom kapitalistischen Joch nach bolschewistischen Methoden. Selbst die bürgerliche Presse berichtet über diese Sensation des 9. November ausführlich. Nur die „Freiheit“ ist kleinlaut. Sie meldet:

„Die nach dem Walhalla-Theater am Weinbergsweg einberufene Versammlung war so zeitig überfüllt, daß man sich schließlich, nach einer zweiten Versammlung im Tunnel abzuscheiden. Bald war auch diese gefüllt. Mindestens 6000 Besucher wies der Saal auf. Die Genossen Ledebour, der bei seinem Erscheinen kühnlich begrüßt wurde, und Kasse fanden großen Beifall.“

Was soll denn der Schwur für einen Wert haben, wenn das Leiborgan der Bezugsigen ihn nicht einmal unterstützt und der aufhorchenden Welt, die sich schon solange nach einer „wahrhaft revolutionären“ Tat sehnt, kein Bild von dieser ergreifenden, weltverändernden Szene gibt? Ledebour stellt diesen Akt doch sicherlich neben den „Schwur im Wallhaus“, und die „Freiheit“ schweiget — das ist nicht schön! Schändlich etwa das Blatt dieses alten Schauspielers und seiner neuesten Komödie? Oder mißt sie dem Vorgang im Walhalla-Theater wirklich nur die Bedeutung eines lustigen Spiels bei? In diesem Falle würde das seltene Ereignis eingetreten sein, daß wir uns in Uebereinstimmung mit der „Freiheit“ befinden!

Grenzen des Gastrechts.

Zu dieser neulich in einem Leitartikel behandelten Frage schreibt uns Genosse Fritz Spiegelberg noch folgende Ergänzung:

Ich hatte nicht die Absicht, die Diskussion über dieses Thema noch weiterzuspinnen, da ich in meinem Artikel vom 27. Oktober im „Vorwärts“ alles gesagt hatte, was nötig war, und um dieser Ausführungen willen von vielen Seiten geradezu begeisterte Zustimmung erhalten habe. Daß die „Freiheit“ in mehreren Artikeln mich mit „Hausfriede“ titulierte, hat mir die Nachruhe nicht geraubt, aber wundert mich, daß auch Genosse Grigorjanz im „Vorwärts“ ins gleiche Horn blies und fast mit der gleichen Argumentation wie die „Freiheit“ gegen mich auftrat.

Von beiden wurde mir vorgeworfen, ich hätte Reid bekundet wegen des Geldes, das Ausländer in Deutschland verdient haben. Da muß ich aber lachen! Hier gilt das Wort: legst Du nicht aus, so legst Du unter! Kurz gefaßt: ich habe gezeigt, daß wir Ausländer, auch wenn sie uns wirtschaftlich nicht von Nutzen waren und uns vielfach in unseren Interessen schädigten, duldsam ertrugen, daß wir aber bolschewistische Gehyrediger und Wähler uns vom Hofe halten dürfen und müssen.

Wie die Kellner, Friseur ufm. anderer Nationen über die deutschen Lehndrücker gerichtet haben, ist mir sehr gut bekannt. Ich betone aber noch einmal, daß hier bei uns, abgesehen von einzelnen Stimmen, niemals ein Kampf gegen die Konkurrenz der Ausländer stattgefunden hat, sondern ich muß den deutschen Arbeitern das Zeugnis ausstellen — trotz Grigorjanz —, daß sie nicht nur duldsam, sondern auch jederzeit auf diesem Gebiete kollegial und menschlich schön gehandelt haben und ihren fremdsprachigen Kollegen das Leben noch Möglichkeit erleichterten. Während die eingewanderten Deutschen in anderen Ländern teils gar nicht, teils nur sehr schwer Aufnahme finden konnten, in den dort bestehenden Gewerkschaften, waren wir heilfroh, wenn wir die Ausländer überhaupt organisieren konnten.

Noch ein Wort zur Judenfrage. Es ist dies notwendig, weil nicht nur die „Freiheit“ mich verblümt des Antisemitismus bezichtigt, sondern weil jetzt auch ein jüdi-





